

## LESERBRIEFE

## Fakten sprechen gegen PBG

Um sich eine Meinungsbildung über die Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG) zu machen, lohnt sich ein Blick in die Gemeinde Beinwil im Kanton Aargau. Dort liegen, nach 13 Planungs Jahren, seit Ende August die Planungsunterlagen für drei Windkraftanlagen auf dem Lindenberg öffentlich auf. Aktuell werden die Einsprachen geprüft, Einspracheverhandlungen geführt und im Frühling 2025, 9 Monate später, kann die Bevölkerung über das Projekt abstimmen.

Statt dass Projektplaner und zuständige Dienststellen ihre Hausaufgaben machen, um die Planungszeit zu verkürzen, will der Kanton Luzern nun mit dem beschleunigten Verfahren die Rechte der Bürger und die Gemeindeautonomie aushebeln. Unverständlich, wenn man weiss, dass Verfahrensverzögerungen durch das Verbandsbeschwerderecht der Umweltverbände ausgelöst werden und nicht durch die Stimmbevölkerung einer Gemeinde. Die Wahrung demokratischer Rechte erhöht zudem die Akzeptanz bei der Bevölkerung. Ein zentrales und beschleunigtes Verfah-

ren beim Bau einer Eisenbahn ist natürlich gerechtfertigt, da mehrere Gemeinden und gar Regionen betroffen sind und der Zug von A nach B fahren muss. Beim Bau einer dezentralen Windkraftanlage, die «Flutterstrom» produziert, nicht. Zum hochgelobten Potenzial der Windkraft. Fakt ist: Unsere 45 Anlagen in der Schweiz produzieren 0,13 Prozent vom Schweizer Strom. Würde dieser Strom verzehnfacht, reicht er nicht mal für die Zuwanderung und wenn kein Wind weht, haben wir gar nichts.

Die Änderung beinhaltet zudem neue Vorschriften, die das Bauen noch komplexer, aufwendiger und teurer machen und zu mehr Verwaltung und Kontrollen führen. Die Pflicht zur Elektrifizierung von Parkplätzen schränkt die Wahlfreiheit ein und verursacht für Eigentümer, Mieter und Gewerbe weitere Mehrkosten. Hauseigentümer handeln bereits heute ökologisch und verantwortungsvoll und brauchen keine neuen Vorgaben.

Willi Knecht,  
Kantonsrat SVP, Menznau

## Bald mehr ältere als jüngere Menschen

**DEMOGRAFIE** 2028 dürfen im Kanton Luzern mehr Pensionierte als Kinder und Jugendliche leben. Dies zeigt das Referenzszenario von Lustat Statistik Luzern.

Wie die kantonale Statistikstelle am Donnerstag mitteilte, waren Ende 2023 18,7 Prozent der im Kanton Luzern wohnhaften Personen über 64 Jahre alt. Jünger als 20 waren 20,3 Prozent. Lustat geht davon aus, dass aufgrund der demografischen Alterung bis 2028 der Altersquotient den Jugendquotient übertrifft wird. Lustat führt die Entwicklung auf den Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl sowie die stei-



Der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Luzerner Gesamtbevölkerung sinkt. Foto Keystone

gende Lebenserwartung zurück. 2023 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt für Männer 81,8 Jahre und für Frauen 85,7 Jahre. Dies waren 9,9 respektive 6,5 Jahre mehr als 1981. 66 Personen waren im letzten Jahr älter als 100.

Es gibt aber auch Faktoren, welche die demografische Alterung bremsen. So ziehen deutlich mehr Personen, wenn sie in das Pensionsalter kommen, aus dem Kanton Luzern ins Ausland als umgekehrt. Zudem ist die Mehrheit der Personen, welche vom Ausland in den Kanton Luzern zieht, 18 bis 39 Jahre alt und damit relativ jung. Verlangsam wird die demografische Alterung auch dadurch, dass Ausländerinnen mehr Kinder haben als Schweizerinnen. sda

## Mit einem Ja die Elektromobilität fördern

Es gibt viele Gründe, warum man am 24. November Ja sagen darf zum neuen Planungs- und Baugesetz des Kantons Luzern. Einer liegt mir persönlich aber besonders am Herzen. Das neue Gesetz setzt eine Motion von mir um, die im Parlament mit grosser Mehr-

heit gutgeheissen wurde: Bei neuen Einstellhallen oder bewilligungspflichtigen Erweiterungen soll künftig die Grundinfrastruktur für das Laden von Elektrofahrzeugen installiert werden. Das erleichtert den Umstieg auf klimafreundliche Autos – gerade auch für

Mieter. Wer Nein sagt zum Gesetz, sagt deshalb auch Nein zu einer einfachen und wirksamen Förderung der Elektromobilität.

Thomas Meier,  
Kantonsrat FDP, Schenkon

## Was genau ist daran mutig?

Es wird oft betont, wie «mutig» es sei, den Ausbau von Windkraftanlagen voranzutreiben, und natürlich klingt es attraktiv, wenn behauptet wird, solche Projekte würden neue Arbeitsplätze schaffen. Doch bei genauerem Hinsehen betrifft das lediglich eine kleine Nische – spezialisierte Fachkräfte, die ohnehin schon in der Branche tätig sind.

Und nun soll die Meinung der Bevölkerung einfach übergangen werden? Ist es wirklich mutig, die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger zu ignorieren? Echte Courage zeigt sich doch darin, alle Meinungen zuzulassen und einen offenen, demokratischen Dialog zu führen. Die Bevölkerung in solche weitreichenden Entscheidungen einzubinden, erfordert den wahren Mut, sich auch kritischen Meinungen zu stellen. Mutig ist es, Verantwortung zu übernehmen, statt den Menschen Entscheidungen vorzuenthalten.

Zudem ist es naiv zu glauben, dass ein Ja am 24. November unsere Ab-

hängigkeit von winterlichen Stromimporten über Nacht lösen würde. Windkraft allein wird nicht ausreichen, um die Lücke zu schliessen – vor allem nicht in den kalten Monaten, in denen die Stromnachfrage besonders hoch ist. Solche Versprechen klingen gut, sind aber weit entfernt von der Realität. Ein Nein am 24. November steht für den Schutz unserer direkten Demokratie.

Roland Staub, Geiss

Die Rubrik «Leserbriefe» dient der freien Meinungsäusserung. Die veröffentlichten Leserbriefe müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Die Länge soll sich auf maximal 80 Zeilen beschränken (2700 Zeichen). **wb**

## Windkraft als Scheinlösung

Zum Leserbrief von Adrian Nussbaum «SVP fördert Auslandabhängigkeit» vom 29. Oktober 2024.

Bei uns soll auch in Zukunft das Volk das letzte Wort haben. Windkraftanlagen auf die Stufe «übergeordnetes Interesse» zu stellen wie etwa Bahnschienen oder Autobahnen ist absurd, da sie nur «Peanuts» zur Versorgungssicherheit beitragen. Deshalb ist das Planungs- und Baugesetz abzulehnen!

In seinem Leserbrief warf der Fraktionschef der Mitte der SVP vor, sie mache sich vom Ausland abhängig. Doch macht uns Windenergie wirklich unabhängig wie versprochen? Aufgrund unserer geografischen Lage und den vergleichsweise geringen Windgeschwindigkeiten kann Windkraft hier nur einen kleinen Beitrag leisten. Selbst mit zahlreichen neuen Windrädern würde sich die Stromversorgung nur geringfügig erhöhen. Der Zubau von Windrädern ist auch keinesfalls

rentabel. Die Windräder in der Schweiz werden nicht vom Wind, sondern von Subventionen angetrieben, wovon auch Mitte-Politiker zu profitieren versuchen.

Die Schweiz verfügt über erprobte und effiziente Alternativen. Die Wasserkraft ist seit Jahrzehnten eine verlässliche Energiequelle und bietet noch Ausbaupotenzial. Auch Innovationen im Bereich der Kernenergie sollten nicht pauschal ausgeschlossen werden, da sie uns langfristig eine stabile Versorgung ermöglichen könnten, ohne saisonale Abhängigkeit. Die ETH ist in der Forschung sogar ein Vorreiter. Ich gehe mit Adrian Nussbaum einig, dass wir kein AKW mit Bauplänen von 1970 bauen sollten. Die neuste AKW-Generation ist nicht nur völlig sicher, sondern erlaubt uns sogar verbrauchte Brennstäbe zu rezyklieren und damit unschädlich zu machen. Ausserdem brauchen wir so oder so AKWs, da die Elektrifizierung des Verkehrs, die zu-

nehmende Digitalisierung und weitere Innovationen unglaubliche Mengen an Strom erfordern werden.

Noch zur Mitsprache der Gemeinden. Diese ist sicher nicht mehr gegeben, wenn das PBG angenommen wird. Beschleunigung der Verfahren bedeutet auch, dass man jemanden übertölpeln muss. Natürlich ist man schneller, wenn das Volk einer Standortgemeinde übergangen wird. Deshalb muss sich das Volk nun wehren und dieses unsägliche Gesetz ablehnen!

Anstatt auf symbolische Projekte zu setzen, die nur geringe Energieerträge versprechen, ist es entscheidend, dass wir auf bewährte und für die Schweiz geeignete Lösungen setzen. Ein nachhaltiger und realistischer Energiemix ist die wahre Lösung für eine sichere Stromzukunft.

Thomas A. Hodel, Schötz,  
Kantonsrat und Vize-Fraktionspräsident SVP

## DAS

## WB-Podium



Martin Baumgartner\*

Wissen Sie, was «Sensitivity-Reading» ist? Oder was ein oder eine «sensitivity reader» macht? Vielleicht sind Sie auch schon mal auf diesen Ausdruck gestossen und haben sich nichts Konkretes da-

## Weichgespülte Literatur?

runter vorstellen können, zumal es sich um einen englischen Begriff handelt, der in der deutschen Umgangssprache noch nicht sehr gebräuchlich ist. Sensitivity reader also sind Personen, die von einigen Verlagen angestellt sind und deren Aufgabe es ist, die eingereichten Manuskripte auf Formulierungen hin zu untersuchen, die möglicherweise eine Diskriminierung einzelner Menschen oder Gruppen beinhalten könnten. Sie müssen also Textstellen und Ausdrücke herausfiltern, die bestimmte

Personen in einer vermeintlich herabwürdigenden oder beleidigenden Weise darstellen. In einem nächsten Schritt besprechen die sensitivity reader mit den Autorinnen und Autoren, was sie herausgefunden haben und machen sie darauf aufmerksam, wie diese ihre Texte entsprechend anpassen könnten, um möglichst niemanden zu verletzen und somit gerechtere und «politisch korrekte» Literatur zu produzieren.

Es mag ja ein gut gemeintes Anliegen sein, beim Schreiben auf die Befindlichkeiten aller möglichen Gruppen Rücksicht zu nehmen, «diskriminierungssensibel» zu schreiben, wie es so schön heisst – aber was hat das mit Literatur zu tun?

Man muss sich schon fragen, was Literatur darf, was sie soll und was sie bezweckt. Ist es wirklich die Aufgabe von Dichtern und Schriftstellerinnen, es allen immer recht zu machen, niemandem auf die Füsse zu treten und stets darauf bedacht zu sein, nur ja kein falsches Wort zu verwenden? Das Gegenteil ist der Fall: Literatur soll ja gerade aufrütteln, Missstände anprangern und gegebenenfalls auch vor den Kopf stossen. Dass dies mit einer «weichgespülten» Sprache nur in den seltensten Fällen gelingen kann, dürfte klar sein.

Und zur dichterischen Freiheit gehört es nun mal, bisweilen unangemessen, unanständig und provokativ zu sein.

Ein Blick in die Weltliteratur der vergangenen Jahrhunderte bis in unsere Tage zeigt es überdeutlich: In den meisten grossen Romanen, Erzählungen und Dramen geht es eben nicht so feinfühlig und zartbesaitet zu wie auf einem Ponyhof! Da werden zum Teil schreckliche Menschen geschildert, die sich alles andere als mustergültig verhalten, Verbrecher und zwielichtige Gestalten, welche ihre Mitmenschen verhöhnern und ungerecht behandeln. Und die gerade deshalb tief in menschliche Abgründe blicken lassen, welche ihrerseits die grossen Themen der Literatur darstellen. Sollte man jetzt also alle diese Werke verbieten oder zensurieren oder «entschärfen», indem bedenkliche Passagen umgeschrieben werden? Was für ein absurder Gedanke!

Einige Verlage sind mittlerweile auch dazu übergegangen, den Leser und die Leserin mit sogenannten «Triggerwarnungen» darauf aufmerksam zu machen, dass das betreffende Buch Beschreibungen enthält, die gewisse Personen schockieren oder sie in ihren Gefühlen verletzen könnten. Etwa indem zu Beginn eines Romans geschrieben steht:

«In diesem Roman finden sich Beschreibungen körperlicher, psychischer und sexualisierter Gewalt.» Abgesehen davon, dass solche Warnhinweise eine gewisse Leserschaft geradezu dazu verleiten könnten, das betreffende Buch aus Sensationslust zu lesen, erinnern mich diese präventiven Kommentare irgendwie an die Aufschriften auf Zigarettenpackungen: «Rauchen kann tödlich sein!» Ja, Lesen kann wirklich gefährlich sein, indem es nämlich lieb gewordene Überzeugungen erschüttern und festgefahrene Meinungen infrage stellen kann! Aber dass darauf ausdrücklich hingewiesen werden muss, halte ich doch für etwas befremdlich. (In dieser Logik müsste die Bibel übrigens voller Triggerwarnungen sein, da dort unzählige grausame Szenen beschrieben werden!)

Gerade die Kinder- und Jugendliteratur soll im Zuge des sensitivity-reading von möglichen diskriminierenden, groben und respektlosen Beschreibungen gesäubert werden, damit die Jugend keinen Schaden nimmt. Aber erstens sind die allermeisten Kinder und Jugendlichen sehr wohl in der Lage, solche Passagen – im besten Fall im Gespräch mit den Eltern oder Lehrpersonen – richtig einzuordnen und zu werten, ohne traumatisiert zu werden. Und zweitens machen gerade in Kinder- und Jugend-

büchern die dargestellten «politisch unkorrekten» Gestalten am meisten Spass: Eine «gemässigte» Pippi Langstrumpf oder ein «gezähmter» Huckleberry Finn kämen beim kindlichen Publikum bestimmt nicht halb so gut an wie die Originale. Und Max und Moritz in diskriminierungssensibler Sprache ist schlichtweg undenkbar.

Wohlgemerkt: Es geht mir nicht darum, einer zügellosen, menschenverachtenden oder diskriminierenden Literatur das Wort zu reden; aber im Sinne der dichterischen und der literarischen Freiheit kann es nicht sein, dass Texte im Hinblick auf eine angebliche Nicht-Diskriminierung geschönt und deformiert werden. Und wer ist denn überhaupt befugt zu entscheiden, was «richtig» und was «falsch» ist? In letzter Konsequenz kann nämlich alles von irgendjemandem als diskriminierend betrachtet werden.

\* In dieser Rubrik gibt der WB verschiedenen Persönlichkeiten aus dem Hinterland und dem Wiggertal Gelegenheit, sich regelmässig zu einem selbst gewählten Thema frei zu äussern. – Martin Baumgartner wurde 1960 in St. Urban geboren und ist dort aufgewachsen. Nach dem Studium der Heilpädagogik war er während vieler Jahre in verschiedenen Positionen in der Arbeit mit behinderten und psychisch kranken Menschen tätig. Heute arbeitet er an der Universität Freiburg i. Ue. als Redaktor der Fachzeitschrift VHN - Vierteljahrsschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete.